

Stetigjährlich 4 Mark 80 Pf. einschließlich aller Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Bestellungen sind möglich, mit Ausnahme der Sommerferien. In Fällen von Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile, ober deren Name 30 Pf. Die 12spaltige Zeile ober deren Name 75 Pf. Mindestpreis eines Auftrags Mk. 1.50. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Bei gerichtl. Eintreibung u. Konturufen ist der Rabatt hinfällig.

Verantwortlicher: H.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 53 Druck und Verlag in Altensteig. Donnerstag, den 4 März. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Deutsche Nationalversammlung. Berlin, 2. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr nachm. Nach Erledigung einiger Anträge wird die 2. Beratung des Gesetzentwurfs des Reichseinkommensteuergesetzes fortgesetzt. Zu § 23 beantragt Abg. Jrl (Str.), daß bei außerordentlichen Währungsungen im öffentlichen Interesse oder infolge höherer Gewalt die Steuer von dem über die regelmäßigen Währungs hinausgehenden Betrag nur 10 Prozent betragen soll. Der Antrag wird angenommen. Zu § 28 (Anlagen) beantragt Abg. Herold (Str.): Der in einem Kalender- oder Wirtschaftsjahr erlittene Verlust kann auf das steuerpflichtige Jahreseinkommen des folgenden, eventuell des nächstfolgenden Jahres angerechnet werden. Unterstaatssekretär Bölle bittet, den Antrag abzulehnen. Der Antrag wird abgelehnt. Ohne erhebliche Debatten werden weitere Paragraphen in der Ausschussfassung angenommen. Zu § 43 (Berechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer, bei kleinen Rentnern, alters- oder erwerbsunfähiger Steuerpflichtiger) begründet Abg. Schneider-Franken (Z.) den Antrag, die Abgrenzung der Rechtspartheien, der die Grenzen für diese Steuererleichterung kleinen Sparern gegenüber noch erweitert. Der Antrag wird angenommen. Die Rechtspartheien und die Unabhängigen beantragen die Streichung der §§ 44-50 bzw. 51 (Einbeziehung von Prozentzinsen der Steuer durch die Arbeitgeber bei der Einzahlung). Abg. Weßlich (Dkt.) begründet den Antrag seiner Partei. Nach weiterer Debatte werden die Anträge auf Streichung der §§ 44-51 abgelehnt, diese Paragraphen mit einigen Abänderungen nach Anträgen der Mehrheitspartheien angenommen, ebenso auch der Rest des Gesetzes. Morgen 1 Uhr. Antrag der Unabhängigen betreffend Verordnung des Reichspräsidenten, Kapitalertragssteuer.

Wirtschaftlicher Völkerbund.

Städte, Industrie und Handel mußten während des Krieges eine Menge von Dingen im neutralen Ausland kaufen, um uns über Wasser zu halten. Das erforderte Hunderte von Millionen, durfte aber nach dem Gebot der Reichsbank nicht bezahlt werden, sondern mußte auf Kredit entnommen werden. Diese Kredite werden jetzt allmählich zur Rückzahlung fällig, sind aber mittlerweile infolge des Kurssturzes der Mark aus Millionen zu Milliarden angeschwollen, und keiner weiß zu sagen, woher die genommen werden sollen. Angesichts der staatlichen Schuldenlast von 200 Milliarden haben viele mehr oder minder leichten Herzens vom Staatsbankrott gesprochen. Der Wirtschaftsbankrott, der aus jenen anderen Verpflichtungen droht, wäre weit fürchterlicher und würde mit der unsern die Wirtschaft ganz Europas, die der früheren Feinde eingeschlossen, mit in seinen Strudel reißen. Alle Staaten des alten Erdteils haben das größte Interesse daran, nach Krediten mitzuhalten, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft auch in den Resten, die uns noch geblieben sind, verhütet wird. Das ist nicht zu erreichen, wenn man uns die Werkzeuge und Mittel raubt, mit denen wir arbeiten müssen. Wir werden dann nicht nur die Kriegsschulden nicht abtragen, sondern auch nicht das geringste vom Ausland kaufen oder ihm liefern können. Frankreich vor allem darf das gesagt werden, das an seinem Besitz an russischen Wertpapieren schwere Verluste erlitten hat, aber noch weit schwerere erdulden müßte, wenn Deutschlands Wirtschaft zum völligen Stillstand käme. Was aber soll bei uns geschehen? Die Verpflichtungen, die wir in fremder Währung haben, können in Papierzetteln nicht beglichen werden, noch weniger sind damit die Lebensmittel oder die Rohstoffe zu kaufen, deren wir dringend bedürfen. Ohne Goldwerte ist nichts zu machen. Die haben wir aber noch in unseren Käufern, Fabrikten, Maschinen, Werkzeugen und Feldern, haben sie auch noch in unserer Arbeitskraft und in dem Wenigen, was unsere Wirtschaft mit beschränkten Hilfsmitteln hervorzubringen vermag. Daß wir deshalb zunächst im Verkehr mit dem Ausland Ware gegen Ware tauschen müssen und nur so Verbindlichkeiten können, was uns für den Augenblick

not tut, liegt auf der Hand. Das allein aber reicht nicht aus. Wir müssen uns im neutralen Ausland das Vertrauen sichern, daß wir allen unseren Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen werden. Das kann geschehen, wenn Industrie, Handel und Landwirtschaft sich mit ihren Organisationen vereinigen, eine große Kreditgemeinschaft bilden, die Unterlagen für weitere Kredite zur Verfügung stellt und aus eigenen Mitteln Kredite gibt, wo sie von ihren Angehörigen benötigt werden. Etwas Ähnliches soll in nächster Zeit geschaffen werden, um eine weitere Stundung der bereits älteren Verpflichtungen zu erreichen. Wie groß diese sind, wird durch das Beispiel der Bergbau-Gesellschaft Phönix beleuchtet, die jüngst bekanntgegeben hat, daß ihre Schuld aus schwedischen Erzbezügen noch 17 Millionen Kronen beträgt. Zum heutigen Kurs berechnet, sind das nicht weniger als 308 Millionen Mark oder annähernd das Dreifache des Aktienkapitals des Phönix. Die Zahl der Werke aber, die im Verhältnis zu ihrem Aktienkapital ähnliche Währungsbinden haben, ist groß und die Zeit der Fälligkeit rückt näher. So sind wir, ganz abgesehen von unserer Staatsschuld, zu einem Schuldnerstaat größten Umfangs geworden, und unsere Gläubiger haben, wenn sie verhindern wollen, daß ihre Forderungen in nichts zerfallen, das größte Interesse daran, uns zu halten. Schließlich sollten sich deshalb Schuldner und Gläubiger zusammensetzen und beraten, was zu tun ist. Bei solchen Beratungen wird auch der Verband nicht fehlen dürfen. Er wird in erster Linie dazu beitragen müssen, daß unsere Grenzen wieder dicht halten, daß die große Lufteinfuhr aufhört und unsere Ausfuhr auf andere Grundlagen gestellt wird. Diese Schritte vermöge ihrer niederen Preise derart an, daß sie monatlich fast vier Milliarden, in Papiermark gerechnet, betragen. Dann aber wird man sich weiter über das verständigen müssen, was die einzelnen Länder untereinander tauschen wollen, was jedes braucht und was es abgeben kann und soll. Auf anderem Wege wird man kaum weiter kommen. So aber steuert man zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, zu einer Arbeits- oder Interessengemeinschaft der europäischen Staaten hin, zu einem wirtschaftlichen Völkerbund, der nötiger ist, als der von Wilson empfohlene politische Bund.

Paris, 3. Febr. Ein hervorragender französischer Politiker, der sich in seinen Zeitungsberichten den Namen Perlinax (der Beharrliche) gibt, meldet dem „Echo de Paris“ aus London, die wirtschaftliche Abteilung des Obersten Rats habe für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas Vorschläge aufgestellt. Es muß möglichst viel gespart und möglichst viel erzeugt werden. Die wirtschaftliche Erzeugung wird überall ordnungsmäßig sein, oder sie wird es nirgends sein. Deutschland und Rußland sind daher in den Stand zu setzen, an der Aufrichtung Europas mitzuarbeiten. Mit der letzten Forderung ist Perlinax aus Deutschland nicht einverstanden. „Paris Journal“ meldet, der Oberste Rat habe langfristige Kredite abgelehnt.

Prozeß Erzberger—Helfferich. Berlin, 2. März.

Im Prozeß Erzberger hat Minister Spahn gebeten, als Zeuge den Ausfagen Giesberts entgegenzutreten zu können. Der Vorsitzende hat sich bereit erklärt, mitten in den Plädoyers die Beweisaufnahme für diesen einen Punkt zu eröffnen. Oberstaatsanwalt Krause fährt aus: Der Prozeß sei ein eminent politischer, auch seine Folgen seien politischer Natur. Die Gerichtsbehörden aber dürfen bei der Urteilsfindung der Politik nicht den geringsten Einfluß einräumen und nur feststellen, ob das Strafgesetz verletzt ist. Im Strafprozeß sei der Staatsanwalt lediglich Jurist. Von vorgelegten Behörden, insbesondere von den Ministerien sei nicht die geringste Beeinflussung der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden. Es liege eine einheitliche fortgesetzte Handlung Dr. Helfferichs vor, um Erzberger zu beschützen. Die Beschuldigungen richteten sich gegen Erzberger sowohl als Politiker, wie als Mensch. Der Oberstaatsanwalt sagt weiterhin, im Fall Thyssen sei der Nachweis erbracht, daß Erzberger seine parlamentarische Tätigkeit mit geschäftlichen Interessen verknüpft habe. Weiter kommt der Staatsanwalt nach längerer Ausschussung über den Fall Pnigobin auf Grund der Vorgänge im Jahr 1914 zu dem Schluß, daß es den Be-

weis als geführt anhebt. Erzberger habe auch hier keine eigenen Interessen mit den allgemeinen verknüpft. Auch im Falle Berger, den er als den bedeutendsten überhaupt betrachtet, sieht der Oberstaatsanwalt die Verquickung politischer und eigener Interessen als erwiesen an. Der Oberstaatsanwalt fährt fort, im Falle Angele könne er keinen Beweis für eine Verquickung politischer Tätigkeit und geschäftlicher Interessen erbringen. Im Falle Kowatsch müsse der Staatsanwalt als erwiesen ansehen, daß Erzberger in einer geschäftlichen Angelegenheit seinen politischen Einfluß geltend gemacht habe. Im Falle Anhydrot-Werke kommt der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß Erzberger Aktionär war. Im Falle Wolf sei der Beweis vom Angeklagten nicht erbracht worden, ebenso im Falle Richter. In der Angelegenheit des Viehhandelsverbands handele es sich um eine Art strafbaren Versuch. In der Angelegenheit „Hapag-Aktien“ sei der Beweis der Verquickung nicht erbracht. Im Falle Dr. Deul fehle jeder finanzielle Untergrund. Der Fall Trippe grenze an Korruption. Im Fall der Ein- und Ausfuhrbewilligung sei ein Zusammenhang zwischen der politischen Tätigkeit und den geschäftlichen Interessen Erzbergers nicht erwiesen. Zum Schluß erklärte der Oberstaatsanwalt, der Beweis für die Behauptung der Verquickung von Geschäft und Politik seitens des Nebenklägers sei in einer Reihe von Fällen und damit überhaupt erbracht. Aus dem Plädoyer des Oberstaatsanwalts sind noch die Ausführungen über Kapitalverschiebungen ins Ausland zu erwähnen. Die Geldsendungen Erzbergers seien keine Kapitalverschiebungen im eigentlichen Sinne, trotzdem unterliege ein solches Verfahren den größten Bedenken. Nach Anhörung der zuletzt erwähnten Zeugen, deren Aussagen keine neuen Momente ergaben, schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme. Die Verhandlung wurde alsdann am Donnerstag vormittag vertagt. Es sollen dann die Plädoyers fortgesetzt werden.

Neues vom Tage.

Die Abfindung der Hohenzollern. Berlin, 3. März. Die preuß. Landesversammlung hat nach einer erregten Aussprache die Gesetzesvorlage über die Vermögensauseinandersetzung mit dem früheren Könige auf einem Ausnahmeweise überwiegen. Die Abgeordneten Graf-Frankfurt (S.) und Hoffmann (Unabh.) richteten heftige Angriffe gegen den ehemaligen Kaiser, die von dem früheren preuß. Finanzminister Herzg (Z.nah. Sp.) scharf zurückgewiesen wurden.

Die Achtstundenschicht. Berlin, 3. März. Wie dem „Berliner Lokalanz.“ gemeldet wird, ist im Lugou-Deßnitzer Steinkohlenrevier (Sachsen) auf allen Gruben die Achtstundenschicht wieder eingeführt worden.

Neue Lohnbewegung im Ruhrgebiet. Berlin, 3. März. Wie dem „Berl. Lokalanz.“ aus Essen berichtet wird, ist der erst vor kurzer Zeit abgeschlossene neue Tarifvertrag für den Ruhrkohlenbergbau von den Bergarbeitern ohne Angabe von Gründen bereits zu Ende März wieder gekündigt worden.

Berlin, 3. März. Die radikalen Eisenbahner Berlin haben auf Sonntag eine Versammlung einberufen, in der die Aufhebung der Affordarbeit und eine nochmalige Lohnhöhung von 30 Prozent verlangt werden soll.

Kronprinz Rupprecht über die Aburteilung. München, 3. März. Der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern hat an die in der Auslieferungsforderung in Berlin versammelten deutschen Heerführer am 25. Februar ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, er habe sich am 9. September vorigen Jahres erboten, den Feinden sich freiwillig zu stellen, um seinerseits keinen Anlaß zur Verzögerung der Freilassung der Besorgenen zu bieten. Das Anerbieten sei abgelehnt und damit hinfällig geworden. Es liege im Interesse aller Angehörigen, sich vor einem deutschen Gerichtshof von den Beschuldigungen zu reinigen, und es sei im Interesse der Ehre des Heeres und unseres Volkes, daß wirklich Vergehen in vollster Öffentlichkeit von deutschen Richtern abgeurteilt werden. Das gleiche gelte aber für alle Völker.



Ablieferung der deutschen Handelsschiffe.

Berlin, 3. März. Der Reichswehrminister für den Wiederaufbau hat die Entlohnung der dem Friedensvertrage gemäß abzuliefernden deutschen Handelsschiffe über 1000 Register-tonnen vollzogen. Die Besitzer der entlohnerten Schiffe sind zu deren Herausgabe einschließlich der Schiffs-papiere verpflichtet.

Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich.

Bezhune, 3. März. Der Streik in den Gruben von Marles ist fast vollständig. 12.700 Arbeiter sind ausständig.

„Verräter“-Prozesse in Frankreich.

Paris, 3. März. General Fournier und fünf Offiziere, welche seinerzeit die Festung Maubeuge an die Deutschen übergeben hatten, haben am 12. April vor dem Kriegengericht zu erscheinen.

Krieg im Osten.

Berlin, 3. März. Nach einer Meldung des „Berliner Volkanzeigers“ aus Kowno haben sich unzuverlässige Teile eines Bataillons und einer Batterie, von litauischen Hebern aufgewiegelt, in Kowno und den Vororten gegen ihre Vorgesetzten erhoben. Der Aufstand wurde energisch unterdrückt und die Agitatoren und die Führer der Aufständischen verhaftet.

Wladivostok, 3. März. Man vernimmt aus Ochsotsk, daß die japanischen Truppen in den russischen Teil der Insel Sachalin eingedrungen sind. In den Gebieten längs der Armbahn haben sich bolschewistische Sowjets gebildet.

Die Trümmer der Türkei.

London, 3. März. (Reuter.) Der Oberste Rat beschließt das Gebiet der Türkei von 30 auf 6 Millionen Einwohner zu vermindern. Die abgenommenen Gebiete sollen einen Teil der türkischen Kriegsschulden darstellen. Die Türkei soll keine Flotte mehr halten dürfen. (England wird in Konstantinopel eine Flottenstation errichten.)

Unruhen in Japan.

London, 3. März. Anlässlich der Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts sind in Japan ernste Arbeiterunruhen ausgebrochen.

Anschlag in Budapest.

Budapest, 3. März. Auf der Elisabethbrücke feuerte gestern abend ein junger Mann einen Schuß auf den Kriegsminister Friedrich ab, ohne zu treffen. Der Täter entkam im Dunkel.

Budapest, 3. März. Zwei Beamte des Volksernährungsamts wurden von Offizieren in die Kaserne gelockt und daselbst festgehalten, weil sie sich weigerten, Ausfuhrbewilligungen nur noch an Christen zu erteilen. — In Rachau sollen drei sozialistische Führer mit jüdischen Namen ermordet worden sein.

Krawalle in niederbayerischen Städten.

München, 3. März. In Straubing fällte eine verheerende Menge das Landgerichtsgefängnis und befreite zwei verhaftete Schwarzschützen. Nach den Beamten der Landeshörnerwehrstelle, die die Verhaftung vorgenommen hatten, wurde vergeblich gesucht. Die Bürger- und Reichswehr wurde aufgeboten. Es kam zu Kämpfen, wobei es auch auf der Seite der Demonstranten 2 Tote sowie Verwundete gab. Unter den Toten befindet sich der Redakteur der neugegründeten „Sozialistischen Neuen Tagespost“. — In Passau wurde eine Theatervorstellung für die freien Gewerkschaften, in der ein Drama „Art Eider“ aufgeführt wurde, durch Reichswehrsoldaten und Studenten gestört. Es kam zu Schlägereien vor dem Gebäude, wobei einige Personen verletzt wurden. Die Garnison wurde alarmiert und säuberte den Platz.

Aus Stadt und Land.

Montags, 4. März 1920.

Ernst wurde zum gehobenen Gerichtsekretär mit der Amtsbezeichnung Obersekretär der Oberstaatsrat Koch von Freudenstadt bei dem Amtsgericht Stuttgart-Stadt.

Wieder falsche Banknoten. Das Reichsbankdirektorium warnt vor falschen Fünfzigmarktscheinen. Es handelt sich um die grünen Fünfzigmarktscheine der Ausgabe vom 24. Juni 1919, Reihe 2. Die Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit von den echten leicht zu unterscheiden. Der Gesamteindruck der neuen Fälschungen stimmt in der Druckausführung gegen den deutlichen Druck der echten Scheine schon ab. Besondere Kennzeichen sind noch das weiche, lapptige Papier und daß die Rückseite, die schmutzig wirkt, auf dem Kopf steht. Auf der Vorderseite ist das Fehlen des Kommas hinter den Tausendern, das bei den echten Noten der Reihe 2 im Gegensatz zu denen der Reihe 1 vorhanden ist, ein besonders auffälliges Augenmerk.

Neue Erhöhung der Kohlenpreise. Infolge des 100prozentigen Aufschlags der Uberschichtlöhne der Bergarbeiter hatte der Reichskohlenverband mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums für das rheinisch-westfälische, das niederländische und das sächsische Kohlengebiet ab 1. März eine Preiserhöhung von 15 Mk. für die Tonne (ohne Kohlen- und Umsatsteuer) und für die bayerischen Braunkohlengruben eine solche von 80.65 Mk. für Breilts und 26.40 Mk. für Braunkohlen einschließlich Kohlen- und Umsatsteuer beschlossen.

Pferdeablieferung. Mit dem Ankauf der an Frankreich und Belgien abzuliefernden Pferde wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Bekanntlich sind von 1256 Stuten und Stutfohlen und 22 Hengste aufzubringen. In erster Linie werden die Pferde, die im Meeresbesitz sind, in Betracht kommen, die aber bei Weitem nicht die erforderliche Zahl erreichen. Es ist deshalb unerlässlich, daß die Pferdebesitzer alle tauglichen Pferde auf die Märkte der Ankaufstationen bringen. Für abgegebene Pferde wird nach Möglichkeit Ersatz aus den Militärbeständen geschaffen.

Landesfeuerlöschordnung. Dem württ. Landtag ist der Gesetzentwurf betr. die Änderung der Landesfeuerlöschordnung vorgelegt. Er umfaßt nur 3 Artikel. Es ist daraus hervorzuheben, daß Feuerwehrgesellschaften, die keinen Dienst leisten oder aus besonderen Gründen von der Pflichtfeuerwehr entbunden werden, eine Jahresabgabe von 5—50 Mk. bezahlen (bisher 1 bis 20 Mk.).

Erhöhung der Postgebühren. Der Vorschlag zur Erhöhung der Postgebühren sieht für einfache Briefe bis 20 Gramm einen Tarif von 30 Pfg. (bisher 20 Pfg.) vor, wenn die Unterscheidung zwischen Orts- und Fernverkehr gegen den Fernverkehr wegfällt, im andern Fall soll für den Fernverkehr ein Tarif von 40 Pfg. eintreten. Das Porto für die Postkarte soll im Fernverkehr von 15 auf 20 Pfg. erhöht werden, das für Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben wird verdoppelt; das Paketporto erfährt eine Erhöhung um zwei Drittel. Die Gebühren für Telegramme und Ferngespräche werden ebenfalls verdoppelt. Die Einschreibgebühr soll von 30 auf 50 Pfg. erhöht werden. Postanweisungen bis zu 50 Mark kosten künftig 50 Pfg., bis 200 Mark 1 Mk., bis 500 Mk. 1.50 Mk. usw. Die Eilbestellgebühr wird verdoppelt. Für postlagernde Briefe soll eine Gebühr von 10 Pfg. für Pakete von 30 Pfg. erhoben werden. Die Mehreinnahmen werden auf 1405 Millionen Mk. veranschlagt. Sie werden aber den

Mangel, der bei der Reichspost allein — ohne die württembergische und bayerische Post — 2380 Millionen beträgt, bei weitem nicht ausgleichen.

Gettreiserhöhung für Schweine. Die Reichsgroßhandelsstelle ist ermächtigt worden, aus ihren Beständen an die Schweinezüchter Getreide abzugeben. Die Lieferung erfolgt gegen Bezahlung zu mäßigen, festgesetzten Preisen. Die neuen Tabaksteuern sollen, wie verlautet, möglichst am 1. April d. J. in Kraft treten. Voraussetzung ist allerdings, daß der sechste Ausschuss der Nationalversammlung bis dahin über die vorliegende Verordnung einer Ermäßigung der Tabaksteuer Beschluß gefaßt hat.

Der Brotpreis. Wie der Minister Memmel in dem Landtag erklärte, wird im Herbst mit einem Brotpreis von 3 Mark zu rechnen sein.

Offener Brief an den Reichsarbeitsminister. Die zum Versorgungsweisen in Württemberg abgeordneten Beamten haben an den Reichsarbeitsminister (Schlichte), dem seit 1. Oktober v. J. auch das militärische Rentenversorgungsweisen unterstellt ist, einen offenen Brief gerichtet, in dem in scharfer Weise gegen die beabsichtigte Ernennung des soz. Redakteurs Kohnmann zum Vorstand des Versorgungsweisen in Württemberg Protest erhoben wird. Das Amt sei seit Oktober 1918 von einem langjährig erprobten höheren Militärbeamten bestens verwaltet worden. Vergebens habe man auf die etwa mögliche Ernennung gewartet. Statt dessen habe die soz. „Schwab. Tagwacht“ am 24. Februar überraschend gemeldet, das „treue Mitglied der soz. Partei“ Kohnmann, der an der „Tagwacht“ und an der „Münch. Donauwacht“ Redakteur war, am 1. Oktober 1919 aber zum Regierungsrat ernannt wurde, nachdem er in der Kriegszeit als Schreiber beim Bezirkskommando Ulm beschäftigt gewesen war, sei mit der Leitung des Versorgungsweisen betraut worden. Die Nachricht sei zwar nicht richtig gewesen, aber sie habe wohl den Zweck gehabt, zu erfordern, wie man über die Ernennung denken würde. Die Beamten legen gegen die Befegung eines Amtes, das reiche Erfahrung und sachliche, unparteiische Amtsführung im Interesse der gleichen Behandlung aller Kriegsbeschädigten ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit verlange, durch einen ausgesprochenen Parteimann Verwahrung ein, und sie verlangen, daß ihre seit 6 Monaten unbeantwortet gebliebenen Anfragen und Eingaben über die endgültige Befegung des Amtes durch baldige bindende Zusagen erledigt werden.

ep. Amerikanisches Hilfswerk. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich unter dem Ehrenvorsitz des Gouverneurs vom Staat Newyork vor einigen Monaten ein „Nationales Hilfskomitee für die Notleidenden in Deutschland und Oesterreich“ gebildet, in dem eine Reihe von deutsch-amerikanischen, darunter ein Träger des historischen Namens Karl Schurz, führend mitarbeitet. Aus einem Tätigkeitsbericht dieses Komitees, der uns aus deutsch-amerikanischen Kreisen zur Verfügung gestellt wurde, entnehmen wir, daß es ihm durch die Beiträge der angeschlossenen lokalen Vereinigungen gelang, auf Weihnachten eine Summe von 50.000 Dollars — das macht in deutschem Geld heute etwa 2 Millionen Mark — aufzubringen, dazu bestimmt, unter anderem, tuberkulösen und sonst kranken deutschen Kindern einen Erholungsurlaub in der Schweiz zu ermöglichen. Außerdem gingen umfangreiche Lebensmittellieferungen nach Deutschland und Oesterreich; nach Beendigung des Streiks der Hafenarbeiter in Newyork Ende November v. J. wurden z. B. die folgenden Mengen verschifft: 6000 Kisten kondensierte Milch, 4000 Kisten eingedünste Milch, 300 Kisten Kokosnussbutter, 100 Kisten Macaroni, 100 Fässer Lebertran, 150 Kisten Meidunastärke und Spezialartikel.

Das Geheimnis von Katenhoop.

Roman von D. Hill.

(80. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

29. Kapitel.

Herbert war vom Bahnhof in das Hotel gegangen, in dem er absteigen war, um seine Effekten zu besorgen und dem Staatsanwalt, dem er für diesen Vormittag einen Besuch angekündigt hatte, durch ein paar Zeilen davon Mitteilung zu machen, daß er habe abreisen müssen. Als er das Vestibül des Hotels durchschritt, gewahrte er vor der Tafel, auf der die Namen der Gäste verzeichnet wurden, die unansehnliche Gestalt eines kleinen, grauhaarigen Mannes, der offensichtlich mit lebhaftem Interesse die Namen musterte.

Oben, als er an ihm vorüberging, wandte der Alte sich an einen herumlungersenden Kellner, um ihn zu fragen:

„Da steht ein Name, der mir bekannt vorkommt. Herr von Lehow — ist der Herr vielleicht aus der Familie von Lehow auf Greifenhagen?“

Herbert, der schon ein paar Schritte die Treppe hinauf getreten hatte, blieb unwillkürlich stehen. Der Kellner gab dem Frager lächelnd Antwort:

„Jawohl, Herr — Herr Komkau! Und wenn Sie den Herrn Grafen vielleicht zu sprechen wünschen, der Herr Graf ist hier.“

Der mit Komkau angerebete schwächliche Herr wandte sich ein wenig vorlegen dem jungen Manne zu.

„Ich bin in der Tat außerordentlich erfreut über die dies Zusammenreffen“, sagte er, sich lässlich verneigend. Herbert erwiderte den Gruß lässlich und reserviert; er war jetzt wahrhaftig nicht in der Stimmung, neue Bekanntschaften zu machen. Und er hatte den Fremden nie zuvor gesehen.

„Gehalten Sie: mein Name ist Komkau“, fuhr der Alte fort. „Ich irre wohl nicht, wenn ich glaube, daß er Ihnen nicht mehr ganz fremd ist.“

Es hatte dem jungen Manne einen Ruck gegeben. Daß also man der unheimlichen Gläubiger, durch den sie Greifenhagen verlierten sollten! Was aber tat er hier? Hatte er die Absicht, nach Greifenhagen zu gehen? Das durfte er laut

auf keinen Fall. Ein solcher Besuch hätte, wie er auch ausgefallen wäre, neue Aufregungen und neue Unannehmlichkeiten für den Vater zur Folge gehabt. Er mußte ihn zu überredenden suchen, vorläufig von einer Fahrt nach Greifenhagen abzusehen.

„Deshalb sagte er nach einer kleinen Pause, die von Ueberelegungen ausgefüllt war:

„Herbert von Lehow! Wenn Sie mir die Ehre gefen wollen, mich auf mein Zimmer zu begleiten —“

Wieder eine lässliche Verneigung von seiten des anderen, und von Komkau gefolgt, ging Herbert in den ersten Stock hinauf, in dem sein Zimmer lag. Schon auf der Treppe suchte er sich zurechtzufinden, was er dem anderen sagen konnte; aber es war ihm so wirr im Kopfe, die Gedanken liefen ihm so durcheinander, daß er nicht wußte, wie er das Gespräch einleiten sollte, als sie sich nun in seinem Zimmer gegenüberstanden.

Nach einem kurzen, verlegenen Schweigen sagte Komkau, sich räuspemd:

„Ich bin auf dem Wege zu Ihrem Vater, Herr von Lehow. — Sie sind unterrichtet darüber, welcher Art die Verhältnisse sind, die ich mit Ihrem Vater habe.“

Er hielt abgerund inne; wußte er doch nicht, ob der Sohn davon unterrichtet war, wie es auf Greifenhagen stand. Herbert sagte höflich:

„Jawohl, jawohl — ich bin vollkommen orientiert. Und Sie hatten die Absicht, sich mit meinem Vater persönlich über diese — diese Dinge zu besprechen?“

„Ein wenig erkaunt hob Komkau den Kopf.

„Sehr wohl, Herr von Lehow — ich hatte und habe die Absicht. Denn es erscheint mir als das richtige, wenn zwischen Ihrem Herrn Vater und mir alles mündlich ins reine gebracht wird.“

Wieder entstand ein drückendes Schweigen. Und dann sagte Herbert nach einem schweren Atemzuge:

„Und doch möchte — muß ich Sie bitten, vorläufig von einer Reise nach Greifenhagen abzusehen! Ich bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß mir nichts ferner liegt, als die Absicht, Sie zu beleidigen. Mein Wunsch — denn um einen solchen handelt es sich selbstverständlich nur — wird mir durch die Rücksicht auf meinen Vater aufgegeben. Mein Vater hatte gerade in der letzten Zeit sehr schwere Aufregungen durchmachen müssen, die seine Gesundheit und die Widerstandskraft seines Körpers stark erschüttert haben. Jede neue Erregung muß ihm fürs erste erspart werden. Und Sie werden

angehen, daß Ihr Besuch auf Greifenhagen notwendig mit solchen Erregungen verknüpft sein müßte.“

Mit sehr ernster Miene nickte Komkau vor sich nieder.

„Ich kann Ihnen nicht verhehlen, Herr von Lehow, daß mir Ihr Verlangen außerordentlich unangenehm ist. Gerade von einer persönlichen Aussprache erhoffte ich, daß Sie die Möglichkeit einer für beide Teile befriedigenden Lösung bringen würde.“

„Trotzdem muß ich Sie bitten, Ihre Fahrt nach Greifenhagen aufzuschieben — wenigstens aufzuschieben, Herr Komkau. Wenn Sie vielleicht in vierzehn Tagen kommen wollten —“

„Das ist mir leider unmöglich. Ich habe mich schon jetzt sehr schwer losreißen können — und ich hätte schon morgen wieder nach Berlin zurückkehren müssen. An einen nochmaligen Zeitverlust von mehreren Tagen aber darf ich nicht denken.“

„Und Sie könnten nicht mir sagen, was Sie mit meinem Vater zu besprechen gedenken?“

„Sie sind doch wohl kaum in der Lage, in dieser Angelegenheit Ihren Vater völlig zu vertreten. Und ich meine wirklich, daß mit einem Aufschub von zwei Wochen auch für Ihren Herrn Vater nichts gewonnen wäre. Ich bin ja leider doch nicht in der Lage, ihm diese Aufregungen zu ersparen.“

Die Hartnäckigkeit des Mannes brachte Herbert zur Verzweiflung. Dabei mußte er sich sagen, daß Komkau natürlich vor allem seine eigenen Interessen wahrzunehmen mußte, und daß er nicht Rücksichten auf die Gefühle eines Fremden nehmen konnte, wo es sich für ihn um ein Vermögen handelte. So sagte er denn:

„Wenn ich Sie dann bitten dürfte, morgen nach Greifenhagen zu kommen — ich werde meinen Vater auf Ihren Besuch vorbereiten. Und, nicht wahr, Sie verzeihen mir meine Bitt nicht?“

„Aber ich bitte sehr — durchaus nicht! Ich glaube Sie vollkommen zu verstehen. Und ich bin ganz bereit, das Opfer dieses einen Tages zu bringen.“

Er verabschiedete sich und Herbert war wieder sich selbst und seinen sehr wenig erfreulichen Gedanken überlassen. Nicht nur das Schicksal seiner Schwester, nicht nur die Gefahr war es, die das Gut seiner Familie bedrohte, die jetzt seinen Geist beschäftigten — mehr und mehr drängte sich die Frage in den Vordergrund: wie sollte sich seine eigene Zukunft gestalten?

Fortsetzung folgt.



Hirsau, 3. März. (Verunglückt.) Gestern Nachmittag ist ein Kartholzfahrbrett auf der Steige Altherrgasse Hirsau verunglückt. Das Fahrbrett kam dadurch ins Rollen, daß die Kette des Radachs brach. Ein Pferd wurde getötet, das andere ist schwer verletzt und wird wahrscheinlich ebenfalls verenden.

Stuttgart, 3. März. (Vom Landtag.) Der Landtag nimmt am Dienstag, den 9. März, seine Verhandlungen wieder auf.

Stuttgart, 3. März. (Stadtanleihe.) Die 4proz. Stuttgarter Stadtanleihe von 1920 in Höhe von 5 Millionen Mark ist zum Kurs von 110 Prozent ausgegeben worden. Die Anleihe ist bereits hoch überzeichnet.

Stuttgart, 3. März. (Kanausstellung.) Die Kanausstellung im Landesgewerbemuseum ist bis jetzt von über 70 000 Personen besucht worden. Da der Besuch andauernd fließt, wird die Ausstellung bis 10. März verlängert. Von morgen an werden täglich von 11 bis 11 Uhr Sprechzeiten eingelegt, um sachmännlichen Besuchern usw. bei verdoppelter Eintrittspreis (2 Mk.) die Besichtigung zu erleichtern.

Stuttgart, 3. März. (Lohnbewegung.) Bei den Verhandlungen des Tarifausschusses des Deutschen Buchdruckerberufes in Berlin konnte zwischen den Parteien keine Einigung erzielt werden. Das Reichsarbeitsministerium ist zur Vermittlung angerufen worden. Die Stuttgarter Buchdrucker werden am Freitag in einer Versammlung zu der Sachlage Stellung nehmen.

Feuerbach, 3. März. (Bubenstück.) Beim Abschleichen von Wein vor der Wirtschaft „zur Gartenlaube“ hier wurde der vom Wagen auf in den Keller führende Schlauch durchgeschnitten, so daß etwa 100 Liter Wein in die Straßentrinne liefen.

Ludwigsburg, 2. März. (Pferdemarkt.) Am 8. und 9. März findet hier ein großer Pferdemarkt statt, verbunden mit einer Ausstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen und einer Prämierung für Gespanne und Pferde. Gleichzeitig findet auch ein Hundemarkt statt.

Waiblingen, 3. März. (Ueberfahren.) Der verheiratete Arbeiter Adolf Reble aus Stuttgart geriet gestern abend beim Aufspringen auf den in Fahrt befindlichen Zug unter die Räder und wurde völlig zermalmt.

ep. Ober-Weibach, 3. März. (Wahl.) Zum Nachfolger des verst. Inspektors Burtzardt an der hiesigen Leitungsanstalt hat der Verwaltungsrat den Hauptlehrer Fritz von Glaschütte gewählt. Derselbe ist vorgestern von Amtsdelen a. D. Gros in Stuttgart in sein Amt eingeführt worden.

Schwenningen, 3. März. (Schweres Leid.) Kaum hat sich das Grab über dem im schönsten Mannesalter verstorbenen Fabrikdirektor Erich Kienzle geschlossen und schon wieder wurde die Familie des Geheimrats Kienzle in tiefe Trauer versetzt. Eine mit Architekt Mall in Donaueschingen verheiratete Tochter wurde ebenfalls von der heimtückischen Grippe weggerafft.

Oberöfingen, O. A. Weiskirch, 3. März. (Grippe.) In der Familie des Weinrad Jägg sind zwei Kinder, der einzige Sohn mit 18 und eine Tochter mit 15 Jahren innerhalb 2 Wochen an der sog. Kopfrippe gestorben.

Wangen i. A., 3. März. (Verunglückt.) Bei der Heimfahrt von einem arbeitsärztlichen Krankenbesuch stante das Pferd des Oberamtsarztes Dr. Käpfe. Er wurde aus dem Wagen geschleudert und schwer verletzt.

Saidorf, 3. März. (Geld wie Heu.) In Mischbach an der Wz erbrachte die Gemeindegagd bisher 320 Mark im Jahr. Jetzt wurde sie von neuem mit einem Gesamtvertrag von 5570 Mk. verkauft. Den einen Teil um 3750 haben zwei Arbeiter der Daimlerwerke in Untertürkheim gepachtet, den anderen ein Fabrikant aus Ludwigsburg, der hier seine gewerbliche Anlage besitzt. Außerdem ist eine einmalige Staatspforte von 2000 Mark zu entrichten.

Höfelfelzen, O. A. Mergentheim, 3. März. (Schulstreik.) Da dem Verlangen einer Anzahl hiesiger Eltern auf Befreiung des Hauptlehrers Pfeiffer am 1. März von der angebotenen Schulstreik verweigert worden. Am 1. März erschienen nur 5 Kinder zum Unterricht.

Höfingen, 3. März. (Finanzamt.) Hier soll ein Finanzamt errichtet werden, das dem Landesfinanzamt Stuttgart unterstellt wird.

Gerichtssaal.

Der Ehlinger Aufrührerprozess.

Stuttgart, 2. März.

Vor der 2. Strafkammer begann gestern der Prozeß gegen die Leiter des Ehlinger Generalarbeitskreises Ende März und Anfang April vorigen Jahres. Die Anklage richtet sich 1. gegen den 38 Jahre alten Gerber und Gemeinderat Emil Speich in Ehlingen, 2. gegen den 34 Jahre alten Werkzeugschmied Karl Seebacher, 3. gegen den 62 Jahre alten Schneider Lukas Weinmann, 4. gegen den 33 Jahre alten Gießer Anton Rindschief, 5. den 38 Jahre alten Friseur Emil Heindel, 6. den Monteur Philipp Hüttelmeyer, 7. den 49 Jahre alten Schlosser Karl Schmidhäuser, 8. den 21 Jahre alten Fernmacher Eugen Schönhaar. Die Anklage wirft sämtlichen Beschuldigten ein Vergehen der Beamtenwidrigkeit sowie ein Vergehen gegen das Belagerungsgebot, Speich, Seebacher, Weinmann, Rindschief und Schönhaar weiter ein Vergehen der Aufforderung zum Ungehorsam, Schönhaar weiter ein Vergehen des Aufrufs zur Wz.

Sämtliche Angeklagten bestreiten so ziemlich jede Schuld und behaupten, daß sie lediglich als Führer an der Streikbewegung teilgenommen hätten, um Ausschreitungen von vornherein zu verhindern. Von der Verhängung des Belagerungsgebotes wollten sie erst am 3. bzw. 4. April erfahren haben. Der während des Kriegs mehrfach wegen politischer Verfehlungen vorbestrafte Angekl. Schönhaar bestreitet ebenfalls, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert zu haben.

In der Nachmittagsitzung wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Erster Zeuge ist Redakteur Karl Weber von der „Ehlinger Zeitung“. Er erklärt, sich jetzt nicht mehr genau der Einzelheiten entsinnen zu können. Major a. D. Schwenhage, der damalige Führer des Infanterie-Regts. 126, hat mit den Führern der Streikenden, den Angeklagten Speich, Hüttelmeyer und Heindel, verhandelt. Hüttelmeyer und Speich hatten versprochen, dafür Sorge zu tragen, daß das Militärkontingent und die geraubten Waffen wieder beigebracht würden, was denn auch bis in der Nacht geschah. Er hatte den Eindruck, daß die Führer den besten Willen hatten, den Streik in geordneten Bahnen zu halten, daß ihnen aber die Führung der Massen entglitten war.

Eingehend gestaltet sich auch die Vernehmung des Polizeidirektors Hahn. Der Führer der mit der Bahn angekommenen Truppen, Hauptmann Albrecht, habe ihm telefonisch nach Stuttgart mitgeteilt, daß die Truppen angegriffen worden seien. Die Truppen könnten wohl durchgreifen, doch würde das viele Menschenleben kosten. Er wolle aber nicht schießen, bevor er nicht einen Befehl dazu habe. Darauf habe er (Hahn) den Befehl gegeben, nicht zu schießen, sondern die Truppen wieder zurückzuziehen.

Nach Vernehmung weiterer Zeugen, die wesentlich Neues nicht ergeben, ist die Zeugenvernehmung um 8 Uhr abends beendet.

Bermischtes.

Kreuzotter. Im Neuenried bei Waldsee wurde eine 70 Zentimeter lange Kreuzotter erlegt, die durch die Sonneneinstrahlung vorzeitig aus dem Winterschlaf geweckt worden war.

Teure Butter. Auf dem Bahnhof in Reustadt im Schwarzwald wurde eine Kiste mit einem Zentner Butter, die nach Norddeutschland verschickt werden sollte, beschlagnahmt. Auf einer beigefügten Rechnung war die Butter zu 2500 Mark berechnet. Das Pfund kostet also 25 Mark.

Die deutschen Waren. Viele französische Firmen, hauptsächlich aus dem Süden Frankreichs, beziehen deutsche Waren „hinterherum“ durch die Schweiz. Die Schweizer Händler lagern sich ins Fäulnis. Am begehrtesten sind Arzneimittel, aber auch andere chemische Erzeugnisse, wie Bromsalze, Salmiakgeist usw. Auffallend stark ist die Nachfrage von französischer wie italienischer Seite nach Fachstoffen, die besonders von Uebersee geordert werden.

Gejunktes Schiff. Im Hafen von New York ist der frühere deutsche Dampfer „Prinz Joachim“, jetzt „Mocassin“, gesunken. Untersuchung ist eingeleitet.

Die Kolbinger Höhle verbleibt nach einer neueren Abmachung zwischen der Gemeinde Kolbingen (bei Tuttingen) und dem Schwab. Abverein im Eigentum der Gemeinde. Die Verwaltung behält der Abverein auf weitere 10 Jahre. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf. für Ortsangehörige und 1 Mk. für Auswärtige.

Vom roten Kreuz. In Genf wurde am 2. März die Versammlung des Bundes der Rote Kreuz-Vereinigungen eröffnet.

Gewerbefestan in München. Im Jahr 1922 wird München eine Gewerbefestan veranstaltet, die dem Handwerk und der Industrie, soweit sie sich mit der Herstellung künstlerisch und künstlerisch wertvoller Qualitätsarbeiten befassen, Gelegenheit bieten soll, ihre Leistungen in künstlerischem Rahmen vor Augen zu führen. Massenartikel und Schleuderwaren sind ausgeschlossen.

Gegen die Schieber. Generalleutnant v. Stolzmann, der Kommandeur der 11. Reichswehrbrigade in Kassel, will den Ausnahmezustand dazu benutzen, dem gewerkschaftlichen Schiebertum und Schleichhandel zu Leibe zu rücken, um namentlich das Loch im Westen zu verstopfen. Das Post- und Briefgeheimnis wurde zum Teil aufgehoben. In Frankfurt a. M. sind in den letzten Tagen 224 gewerkschaftliche Schieber verhaftet worden. Die Befehlshaber der angrenzenden Bezirke werden ähnliche Verordnungen erlassen.

Arznei-Schieber. In Frankfurt a. M. wurde ein ganzes Nest von Schiebern, an deren Spitze ein Händler namens Bernhard Weisenberger steht, aufgehoben. Große Mengen von Morphin, Kokain, Salvarsan und ähnlichen schönen Dingen, die von Diebstählen und Verschleppungen herrühren, wurden beschlagnahmt.

Hohe Strafe. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Rendsburg berichtet wird, wurde ein nordschleswiger Kleiber wegen Diebstahls über die dänisch, Grenze zu 75 000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er wurde für zwei seiner Rechte haltbar gemacht.

Explosion. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ versuchten Diebe in das Pulvermagazin in Burg bei Magdeburg einzubrechen, wobei eine Explosion entstand, durch die das Magazin vollständig vernichtet wurde und einer der Diebe seinen Tod fand. Der angerichtete Materialschaden wird auf einige hunderttausend Mark angegeben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Beck.
Druck und Verlag der W. Neumann'schen Buchdruckerei, Altona.

Legte Nachrichten.

WZ Wien, 4. März. Aus Innsbruck wird den „Wiener Stimmen“ geschrieben, daß in einem vom Landesobmann Scharfner geleiteten Aufruf auf die Oberösterreichische Diktatur in seiner hiesigen Form hingewiesen wird mit der Begründung, daß es mehr als zwei Drittel der Bevölkerung einfließen müsse, keine Rohmaterialien habe und seine Arbeiter nicht beschäftigen könne und daß es, da sein wertvollster Pech vom Ausland gepflündert sei, kein landwirtschaftliches Geld besitze. Er fordert daher, daß der einstimmige Beschluß des Tiroler Landtages, Tirol wirtschaftlich an Deutschland anzuschließen, nicht als acta selegit, sondern von der Regierung solange bei der Exekute vertreten wird, bis dieser Beschluß erwidert wird.

WZ Berlin, 4. März. In Solingen wurden in der Nacht auf den 3. März nach Beendigung der Verhandlungen zwischen der Streikleitung und den Arbeitgeber über die Freilegung des Streiks in der Metallindustrie, die im großen und ganzen zu einer Einigung führten, die Arbeiter beim Verlassen des Verhandlungsortes von der dortigen wartenden, nach Tausenden zählenden Menge unter Führung wehrer mit Knütteln bewaffneter Personen überfallen, mißhandelt und schwer verletzt. Die Menge hinderte die Polizei am Schutze der Arbeitgeber. Die ergriffenen Beschuldigten verhielten sich neutral.

WZ Berlin, 4. März. Die gestern erfolgte Abstimmung in denjenigen Berliner Streikfabriken, deren Inhaber sich bisher geweigert hatten, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen, ergab u. a. „Vorwärts“ den Eintritt in den Streik. Von 540 Arbeitern erklärten sich 134 gegen den Streik und 406 für ihn. Wie vom Verband der Läden und Kondiktoren mitgeteilt wird, haben die Inhaber der größten Läden die Forderungen der Arbeiter bereits bewilligt. Eine Gefährdung der Brotversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung besteht nicht.

WZ Saarbrücken, 4. März. Gestern früh ist die Belagerung der Halberger Hütte in Brebach auf Befehl der Organisation in den Ausstand getreten. Die Arbeiter fordern den Rücktritt einspinner Bräunlein. Dadurch ist die Lebensversorgung der benachbarten Orte, besonders der Stadt Saarbrücken, in Frage gestellt.

WZ Paris, 4. März. Davao meldet, daß auf sämtlichen Pariser Bahnhöfen die Arbeiter ihre Beschäftigung ohne Zwischenfall wieder aufgenommen haben. Man hofft, daß der Dienst heute wieder im alten Umfang aufgenommen wird. Der Verkehr hat sich zwar erheblich gebessert, aber die Rückkehr zur Arbeit geht nur allmählich vor sich. Nach dem Matin dürfte es noch 14 Tage dauern, bis der Dienst in seinem Umfang aufgenommen ist. Die meisten Lokomotiven seien durch die Arbeiterdienstleistung beschädigt worden.

WZ Christiania 3. März. Am Vorabend der Entscheidung über die Wahl wurde hier eine Protestversammlung gegen den Eintritt Norwegens in den Völkerbund abgehalten. Die dortige letzte Versammlung sprach sich in scharfer Form gegen den Völkerbund aus und verlangte hierüber eine Volksabstimmung. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Norwegische Bürger aller Parteien verlangen, daß das Storting nicht ohne Volksabstimmung für den Völkerbund anmelde, da das gegen unser Grundgesetz und unser Rechtswesen verstoße.

WZ Paris, 3. März. Nach einer Radio-Meldung aus London hat der amerikanische Senat die Vorhänge des Senators Lodge betrügend die Monroe-Doktrin und betrügend die inneren Angelegenheiten der Länder, in die sich der Völkerbund nicht einzumischen hat, mit 56 gegen 25 Stimmen angenommen.

WZ Haag, 3. März. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Der Senat nahm mit 58 gegen 25 Stimmen einen Vorbehalt des Senators Lodge an, nach welchem die Vereinigten Staaten selbst entscheiden sollen, auf welche inneren Fragen sich die Jurisdiktion des Völkerbundes erstrecken soll. Ueberwiegend hält man den Friedensvertrag dadurch für gefährdet, daß der Präsident erklärt hat, ihn in dieser Form nicht anzunehmen.

WZ Paris, 3. März. Der Sordereichterflatter des „Echo de Paris“ in London, Perinaz, hat in einem Telegramm von heute Nacht, das wirtschaftliche Manuskript, das die Allierten veröffentlichten würden, werde in seinem Wortlaut im Laufe des heutigen Nachmittags festgesetzt. Les Manuskript beginnt mit einem langen Vorwort, in dem die Notwendigkeit betont werde, Deutschland und Fuhia des wirtschaftl. Wiederherstellung sicherzustellen, indem man ihren Rohmaterialien liefere. Frankreich befreie, daß es nicht an der Seite eines Deutschlands leben könne, das von Anarchie und Genie beherrscht werde und daß es nur erlöset werden könne durch die deutsche Arbeit. Aber Frankreich habe das Recht, zu verlangen, daß seine begründeten Forderungen aufrecht erhalten werden u. wenn man den Wunsch äußere, das besiegte Deutschland wieder einporzubringen, dann ist Frankreich berechtigt, zu fordern, daß von die versprochenen Wiedergutmachungen sicherstelle. Perinaz meldet, im politischen Europa von 1920 werde das wirtschaftliche Manuskript nicht einer Populäraktion vor dem Germanienus gleichkommen.

WZ Berlin, 3. März. Nach den vorerwähnten abgeschlossenen Verhandlungen der Beamtenabfindungsreform im Schutze der Reichsregierung dürfen die Eisenbahnbeamten eine erhebliche Verbesserung ihrer Stellung in Aussicht nehmen.

WZ Amsterdam, 3. März. Das Organ Lloyd Georges Daily Chronicle schreibt in einem Leitartikel zu dem von den Allierten beschlossenen Belgischen Prozeduren gegen die deutschen Kriegsverbrecher, ein Ausbleiben der Verhaftung der Beschuldigten und ihrer Ueberführung würde die Stimmung für die Notwendigkeit einer Extrahierung der Allierten gegenüber Deutschland wieder aufleben lassen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Holzbelieferung des Handwerks durch die waldbesitzenden Gemeinden.

Nach der Ministerialverfügung vom 11. 2. d. J. — Staatsanz. Nr. 35 — haben die Gemeinden, die Waldungen besitzen, den Handwerkern für den Kleinbedarf Kleinstammholz und auch Laubholz, soweit sie abgeben können, zuzuwenden.

Diese Verfügung wird in vielen Gemeinden nicht beachtet, worüber sich die Handwerker mit Recht beschweren. Die Abgabe hat zu einem angemessenen Preis (beim Staat 170% des Forstpreises) zu erfolgen.

Die Gemeindebehörden haben, soweit nicht schon geschehen, die Abgabe von Holz an die Handwerker gemäß § 13 oben gen. Verfügung zu veranlassen. Die Handwerkskammer Reutlingen wird die Einhaltung besonders überwachen.

Ragold, den 1. März 1920. Oberamt: Müng.

Bekanntmachung

Die Sperrzeit für Motoren (Landwirtschaft und Gewerbe) wird ab 1. 3. 20 bis auf weiteres auf folgende Tagesstunden festgesetzt: **morgens von 5—7 Uhr, abends von 6.30—10 Uhr.**

Die stromlosen Tage werden wie seither beibehalten.

Station Teinach, den 1. März 1920

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station (S. E. L.)

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 5. März 1920, abds. 7 Uhr

in der Seminarturnhalle zu Ragold
Vortrag von Prälat D. Dr. Schöll über:

„Die Stellung der evangelischen Kirche zur Neuordnung des Schulwesens“

anschließend freie Aussprache.

Zu dieser wichtigen Aufklärungsversammlung werden die Männer und Frauen aus Stadt und Bezirk, insbesondere alle Erziehungsberechtigten, dringend eingeladen.

S. A.: Dekan Otto.

Schneiderzwangs-Tunng :•: Bezirk Ragold.

General-Versammlung

am Sonntag, 7. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr im Gasthof zum „Waldbora“ Eshausen.

Der Ausschuss wird für 1/2 Uhr einzuladen.

Tagesordnung:

1. Kassendbericht und Einzug der Beiträge.
 2. Wahlen.
 3. Bericht über Generalversammlung in Dorb u. Sonstiges.
- Diesu ladet höflich ein

Obermstr. Theurer.

Wirtt. Schwarzwald-Berein Bezirksverein Altensteig.

Die Wilhelmshütte im Pfaffenloch wird am Samstag, 6. März, vormitt. 8 Uhr an Ort und Stelle gegen Barzahlung auf den

Abbruch verkauft

(etwa 2,5 Hm. Stangenholz, 120 Hm. Latten, 3,0 ehm. Mauerewerk, 5 Staffstritte). Der Ausschuss

Altensteig.

la. Speisewiebel

empfiehlt

J. Wurster.

Altensteig.

Einladung zum Friedrichstag.

Alle Frig und Friedrich werden auf Freitag Abend in das Gasthaus zum „Löwen“ freundlich eingeladen.

Mehrere Frig.

Altensteig-Stadt.

Gegen Anhilfsmarke 28

werden am Freitag, den 5. März ds. J. bei **Burghard u. Flächer** 100 Gr. W. rickläse zu 2,75 M. pro Pfund abgegeben.

Den 4. März 1920.

Stadtschulth.-Amt.

Altensteig.

Freisch eingetroffen:



Ft. geräuch. Rieker Büchlinge

1 St. 40—60 Pfg. und
M. 1.30 u. 1.40 bei

Chr. Burghard jr.

Wasserglas zum Einmachen sowie

Kernseife

empfiehlt
Schwarzwald-Drogerie

Altensteig
Telefon 41.

Altensteig.

Zündhölzer

beste Qualität
sind eingetroffen.

Neue Höchstpreise Pa-
ket M. 3.50, Schachtel
35 Pfg.

W. Beeri.

Ein in allen landwirt-
schaftl. Arbeiten selbständiger

Knecht

sofort gesucht.

Leibroch, Wart.

Gesang- Bücher

in solider Ausführung und reicher Auswahl
empfiehlt für Konfirmanden die

W. Rieker'sche Buchhdlg.
Altensteig.

Altensteig.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres lieben Vaters, Groß- u. Schwiegervaters

Joh. Georg Bolz sen.
Schuhmacher

sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Meiner w. Rundschaft von hier zur Kenntnis, daß ich von heute ab meine Brennholz-fägererei beim Stadigarten mit elektr. Kraft weiterbetreibe und empfehle ich mich bei aufmerksamer Bedienung und mäßigen Preisen.

Hochachtungsvoll

August Schaal.

NB! Sobald in Benzin wird: r andere Verhältnisse eintreten, wird das Holz wieder wie früher vor dem Hause gesägt.

Der Obige.

Favorit-Moden-Album

Frühjahr und Sommer

sind eingetroffen in der

W. Rieker'schen Buchhdlg.

Altensteig.

Prima Württemberger und Pfälzer

Rotklee-Samen

(doppelt gereinigt und selektiert
nach Höhenheimer Bestimmungen)

Schweden-Klee, Lymothegras Grasmischung

(bester Sorten)

Rönigsberger Wicken

empfiehlt in leistungsfähigen Qualitäten zu billigsten Tagespreisen

C. W. Luz Nachf.

Frig Bühler jr.



sowie alle einschlägigen landwirtschaftlichen Geräte
empfiehlt in sehr guter Be-
:•: schaffenhait preiswert :•:

Lorenz Luz jr. :: Altensteig

Telefon Nr. 46. — — — Telefon Nr. 46.